Ausgabe 07/2012

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

Außerdem in dieser Ausgabe:

Altersarmut von Frauen
Schlecht Wetter für Solarstrom
Verbesserung des Tierschutzes
Europäische Hochschulpolitik

Geheimsache Fiskalpakt?

DIE LINKE.
LANDESGRUPPE BRANDENBURG

Bundestagsreport 07 / 2012
der Landesgruppe Brandenburg

Inhalt

Rettungsschirme wachsen, die demokratischen Mitspracherechte nicht ..... Seite 04
von Dr. Dagmar Enkelmann

Altersarmut hat ein weibliches Gesicht ..... Seite 06
von Diana Golze

Es bleibt bewölkt am Solarhimmel ..... Seite 08
von Sabine Stüber

Glückliche Ostereier ..... Seite 10
von Dr. Kirsten Tackmann

Bologna 2.0 ..... Seite 12
von Wolfgang Nešković

Pressemitteilungen ..... Seite 14

Anträge, Anfragen & Initiativen ..... Seite 20

Reden ..... Seite 26

Kontakt ..... Seite 27

Impressum ..... Seite 28

Rettungsschirme wachsen, die demokratischen Mitspracherechte nicht

von Dr. Dagmar Enkelmann

Immer riesigere Summen sind für die Euro-„Rettung“ im Gespräch. Jetzt fordert die OECD, auf eine Billion Euro aufzustocken. Klar ist bereits, dass die beiden „Rettungsschirme“ EFSF und ESM ab Mitte 2012 parallel laufen und – so bestätigte das Bundesfinanzministerium - bis auf ein Volumen von 750 Milliarden Euro anwachsen können. Damit verbunden sollen sich die deutschen Garantien still und heimlich von 211 Milliarden auf mindestens 280 Milliarden Euro erhöhen, möglicherweise sogar auf 400 Milliarden.

Während die Garantiesummen in schwindelerregende Höhen steigen, treten die demokratischen Beteiligungsrechte des Bundestages praktisch auf der Stelle. In der vergangenen Sitzungswoche haben sich Regierungsfraktionen sowie SPD und Grüne auf Änderungen im so genannten Stabilisierungsmechanismusgesetz (StabMechG) geeinigt. Mit dem Gesetzentwurf sollen vor allem die Beteiligungsrechte des Parlaments bei Entscheidungen zum EFSF neu geregelt werden. Das war notwendig geworden, weil das Bundesverfassungsgericht Ende Februar das so genannte „9er Gremium“ für größtenteils verfassungswidrig erklärt hatte.

Seitdem hatten im wesentlichen CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne verhandelt, wie die Beteiligungsrechte des Bundestages beim EFSF – für diesen gilt das StabMechG gegenwärtig – neu zu gestalten sind. Herausgekommen ist praktisch nichts. Ein erneut verabredetes Sondergremium wurde zwar vergrößert, darf aber z.B. mit Mehrheit selbst darüber entscheiden, ob es sich bei EFSF-Entscheidungen zuständig fühlt und ob besondere Vertraulichkeit vorliegt.

Es bedarf keiner großen hellseherischen Fähigkeiten, um vorauszusagen, dass die Mehrheit der Regierungsfraktionen in diesem Gremium in nahezu 100 Prozent der Fälle keine andere Auffassung zur Vertraulichkeit vertreten wird als die Bundesregierung. Vor diesem Hintergrund klingt die mit Verve vorgetragene Forderung der CSU, die Beteiligungsrechte beim EFSF müssten dann auch für den ESM gelten, eher nach einem Osterscherz.

Den vier Fraktionen fehlt offenkundig der demokratische Mut, die Beteiligungsrechte des ganzen Bundestages an die erste Stelle zu setzen und nicht die eines Geheimgremiums. Für DIE LINKE ist klar: Haushaltswirksame Maßnahmen sind immer durch das Plenum des Bundestages zu entscheiden. Für Fälle besonderer Vertraulichkeit sieht das Grundgesetz übrigens ausdrücklich die Möglichkeit vor, dass das Plenum in geschlossener Sitzung tagt und beschließt. Darüber hinaus muss es ein Rückholrecht des Bundestages für Entscheidungen geben, die möglicherweise in anderen Gremien getroffen wurden.

Mit der Abstimmung über den Fiskalpakt soll letztlich eine Schuldenbremse für ganz Europa beschlossen werden. DIE LINKE strebt - nach Beendigung der Gesetzgebung – gegen den Fiskalpakt eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht an. Wichtigste Gründe: Die dann verbriefte Schuldenbremse ist mit der im Grundgesetz festgeschriebenen Budgethoheit des Parlaments unvereinbar. Mit dem „Pakt“ soll es darüber hinaus prinzipiell unmöglich gemacht werden, die Schuldenbremse national wieder aufzuheben. Das verstößt unserer Ansicht nach gegen die Ewigkeitsgarantie des Art. 79, Abs. 3 des Grundgesetzes.

Altersarmut hat ein weibliches Gesicht

von Diana Golze

Foto: Günter-Havlena_pixelio.de

Frauen sind und bleiben die Gruppe mit der höchsten Armutsgefährdung. Insbesondere dann, wenn man den Blick auf die anzunehmende Rentenentwicklung lenkt, wird das Ausmaß einer verfehlten Familien-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Rentenpolitik deutlich. Altersarmut von Frauen hat viele Gründe, aber immer nur ein Gesicht: bedrückende und unwürdige Lebensverhältnisse im Rentenalter.

Sucht man nach den Gründen, wird man schnell fündig. Eine steigende Erwerbsquote von Frauen kommt vor allem dadurch zustande, dass allein die Teilzeitbeschäftigung gestiegen ist, während die Zahl der Vollzeitjobs gesunken ist. Laut einer Studie der Freien Universität Berlin lag die Vollzeitquote im Jahr 1999 unter den Frauen noch bei 70%, bis 2010 ist sie zugunsten der Teilzeitarbeit um 15 Prozentpunkte gesunken. Begünstigt durch die Arbeitsmarktreformen von Rot-Grün, hat das nach wie vor begünstigte Familienmodell des männlichen Hauptverdieners und der vorrangig weiblichen Hausarbeit vor allem in Westdeutschland noch Bestand und führt dort zu der erhöhten Armutsgefährdung von Frauen. Im Osten ist es die wachsende Verdrängung von gut entlohnten, sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjobs durch schlecht bezahlte Leiharbeit. Vor allem aber Minijobs, deren Anstieg insbesondere in den letzten Jahren zu beobachten ist, schaffen eine wachsende Unsicherheit für eine Existenzsicherung im Alter. Sie stellen entgegen der ursprünglichen Intention kaum noch eine Brückenfunktion in den ersten Arbeitsmarkt dar und werden für viele Frauen zur beruflichen Sackgasse. 4,6 Mio. Frauen arbeiten im Minijob, fast 70% ausschließlich; der Anteil der Frauen an allen Minijobbenden beträgt 62,9%. Der monatliche Rentenertrag für einen Minijob beträgt im Jahr 2012 3,11 Euro. Bei einer hypothetischen 45-jährigen Arbeit im Minijob ergibt sich ein Rentenanspruch von 139,95 Euro! Dies ergab eine Kleine Anfrage der Linksfraktion in dieser Woche.

Von einer dringend notwendigen Abschaffung der Minijobs, wie sie auch die Sachverständigenkommission des Ersten Gleichstellungsberichts forderte, will die Bundesregierung aber nichts wissen. Mit der gleichen Vehemenz wehrt sie sich gegen die Schaffung eines gesetzlichen branchenübergreifenden Mindestlohnes. Stattdessen setzt sie auf ein Rentenmodell, dass nichts als eine Mogelpackung ist. Doch wo »Lebensleistungsanerkennungsgesetz« draufsteht, ist nur Etikettenschwindel drin. So sind, um in den Genuss der von der Leyenschen Zuschuss-Rente zu kommen, nach einer Übergangszeit mindestens 40 Versicherungsjahre erforderlich. Frauen erreichen aktuell aber durchschnittlich nur 32,6 Versicherungsjahre.

Das Fazit ist also bedrückend: Gegen die Altersarmut besonders von Frauen hat die Bundesregierung keine Konzepte.

DIE LINKE fordert die unverzügliche Abschaffung von Minijobs zugunsten von Vollzeitbeschäftigung, die durch einen gesetzlichen Mindestlohn von 10€ nicht nur existenzsichernd für die Arbeitnehmerinnen und Abreitnehmer ist, sondern auch eine solide Basis für eine armutsfeste Rente sein soll. DIE LINKE hat ein Modell für eine Solidarische Rentenversicherung vorgelegt, bei dem alle Erwerbstätigen, also auch Selbständige, Beamtinnen und Beamte, Politikerinnen und Politiker einbezogen werden sollen und das eine Solidarische Mindestrente von 900 Euro sicherstellt.

Es bleibt bewölkt am Solarhimmel

Foto: RainerSturm_pixelio.de

Kernpunkte der neuen Rahmenbedingungen für Solarstrom

- Zusätzliche Einmalabsenkung der Einspeisevergütung mit Übergangsfristen bis spätestens zum 30. September.

- Kleinanlagen erhalten nur noch 80% des erzeugten Stroms vergütet, Anlagen bis 1 Megawatt erhalten weiter 100%, große PV-Anlagen mit mehr als 10 Megawatt erhalten künftig keine Vergütung mehr.

- Die Absenkung der Vergütungssätze wird auf monatliche 1% festgelegt

- Kontinuierliche Absenkung der Installation von Solaranlagen bis 2017 um jährlich 400 Megawatt (Installation 2011 lag bei 7.000 Megawatt)

von Sabine Stüber

Die Novelle des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) war als Bestandteil eines ganzen Gesetzespakets rund um den zweiten Atomausstieg schon im letzten Sommer in Windeseile beschlossene Sache. Wir LINKE stimmten dem nicht zu. Denn bei genauerem Hinsehen waren zu viele Fragezeichen und Unwägbarkeiten in dem, mal wieder mit heißer Nadel gestrickten Paket. Allen Beteiligten war klar, Nachbesserungen werden unausweichlich sein, schon um die gröbsten Ungereimtheiten und formalen Fehler aus dem Weg zu räumen.

Im Januar 2012 traten die gesetzlichen Bestimmungen in Kraft. Nun musste wieder alles sehr schnell gehen. So wollten offensichtlich die Bundesminister Rösler und Röttgen die Gunst der Stunde nutzen: Plötzlich lag der Gesetzentwurf zur Änderung des Rechtsrahmens für Solarstrom auf dem Tisch. Mit einer Verfügungsermächtigung hatten sie sich einen ministeriellen Freifahrtsschein zur Änderung der Einspeisevergütung am Parlament vorbei hineingeschrieben und sich damit zu den Herren über die Vergütung von Solarstrom aufgeschwungen.

Wenn die Branche schon im EEG des letzten Sommers Verlässlichkeit und Planungssicherheit für ihre meist klein- und mittelständischen Unternehmen vermisst hatte, kam der neue Vorschlag einem Todesstoß für die vor allem im Osten der Republik erfolgreich wachsende Solarindustrie gleich.

Hatten die beiden Minister wirklich geglaubt, einen solchen Vorschlag durchdrücken zu können? Oder ging es eher darum, von den sonstigen Schwächen des Gesetzes abzulenken. Die Wellen schlugen jedenfalls hoch. Kurzfristig wurde noch eine öffentliche Anhörung anberaumt, in der selbst die von der schwarz-gelben Koalition benannten Sachverständigen den Gesetzentwurf ausgesprochen kritisch bewerteten. Unter den zuhörenden Gästen waren auch Brandenburger Solarbetriebe vertreten.

Nun ist die Verordnungsermächtigung vom Tisch, was aber noch lange nicht heißt, dass wir jetzt ein Gesetz für die konsequente Umsetzung der Energiewende haben. Eine mit Augenmaß langsame Kürzung der Förderhöhe für Solarstrom wäre verkraftbar. Doch der Knackpunkt liegt darin, dass der Neubau von Solaranlagen rigoros zurückgefahren werden soll . Auch Planungssicherheit für die Unternehmen findet sich in dem Gesetz nach wie vor nicht wieder. Damit schneidet die Bundesregierung das Wachstumspotenzial der Solarbranche einfach ab, und das auch noch mit der Begründung, so die Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien anzukurbeln. Das ist verkehrte Welt, das ist die Blockade der Energiewende. Ein FDP-Abgeordneter argumentierte sogar damit, dass mit diesem Gesetz ungerechtfertigt hohe Renditen vermieden werden sollen. Aha, na dann ist ja alles klar auf der Andrea Doria.

Das Vorgehen der Bundesregierung lässt schwarze Wolken am Solarhimmel aufziehen. Mutwillig werden zehntausende Arbeitsplätze der Solarunternehmen aufs Spiel gesetzt. In der gesamten Debatte kam kein einziger Vorschlag von der Koalition oder Bundesregierung, wie sie die kriselnde Solarbranche durch industriepolitische Maßnahmen unterstützen will.

DIE LINKE hat dazu parallel zum Gesetzesentwurf einen eigenen Antrag „Mut zum Aufbruch ins solare Zeitalter“ (Ds. 17/8892) eingebracht.

Glückliche Ostereier

von Dr. Kirsten Tackmann

Ostern steht vor der Tür. Zeit im Garten nach gefärbten Ostereiern Ausschau zu halten. Für´s gute Gewissen natürlich aus artgerechter Tierhaltung. Hier beginnt das Problem.

Findet sich im Stempelaufdruck eine „3“, lebte die Henne im Käfig. „2“ steht für Bodenhaltung, „1“ für Freilandeier. „0“ steht für EU-Öko-Siegel. Das sind in Deutschland aktuell nur acht von hundert. Am tiergerechtesten gilt die Freilandhaltung. Aber nur, wenn genug Unterschlupf- und Rückzugsmöglichkeiten angeboten werden, sonst wird die Legehenne schnell zum Festtagsbraten für einen Habicht.

Die Käfighaltung von Legehennen ist in der EU seit Anfang 2012 endgültig verboten. Das wurde 1999 beschlossen. Deutschland ist schon 2010 aus der Käfighaltung ausgestiegen, hat sie aber übergangsweise durch die sog. „ausgestaltete Kleinvoliere“ ersetzt. Quasi ein etwas tiergerechterer Käfig. Die Hennen haben etwas mehr Platz, werden in kleinen Gruppen gehalten, Sitzstangen und Legenester zur Eiablage sind vorhanden.

Trotz der langen Übergangszeit ist der Ausstieg aus der Käfighaltung in 13 Mitgliedstaaten noch immer nicht vollzogen. Dort werden noch 46 Millionen Hennen in herkömmlichen Käfigen gehalten. Das hat Konsequenzen. Ihre Eier dürfen seit Januar 2012 nicht mehr verkauft werden und fehlen auf dem Eier-Markt. Ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die betroffenen Mitgliedsstaaten wurde von der EU eingeleitet.

Das Versäumnis bringt aktuell den EU-Eiermarkt durcheinander. Kosten zehn Eier in Deutschland im Schnitt 1,35 EUR (Bio 2,86 EUR), müssen in Tschechien oder Polen ca. 2,50 bezahlt werden. Damit nicht die VerbraucherInnen die Suppe auslöffeln müssen, sollten die Legehennenbetriebe bei der sofort nötigen Umstellung unterstützt werden. Da das Ende der Käfighaltung gesellschaftlich gewollt ist, sollte dies nicht nur auf dem Rücken der BäuerInnen ausgetragen werden. Das ist sowohl in den säumigen Mitgliedsstaaten als auch in Deutschland nötig, denn auch die Übergangslösung der Kleinvolieren wird auslaufen. Immerhin gibt es 34 Millionen Legehennen zwischen Ost - und Bodensee.

DIE LINKE begrüßt den Ausstieg aus der Käfighaltung zur Verbesserung des Tierschutzes in der Legehennenhaltung. Aber auch die „ausgestalteten Käfige“ sollen nach Mehrheitsmeinung im Bundesrat bis spätestens 2025 Geschichte sein. Bundesagrarministerin Aigner würde dagegen gern bis 2035 verlängern. Dabei haben sich die VerbraucherInnen schon längst gegen Käfige entschieden und kaufen kaum noch 3er-Eier. Nur die Lebensmittelwirtschaft bliebe am liebsten bei den billigeren Käfig-Eiern und kann sie dort auch verstecken, weil die Herkunft der Eier nicht gekennzeichnet werden muss. DIE LINKE will daher die Kennzeichnung der Frischeier auf verarbeitete Eier ausweiten. Dann wäre auch auf Nudelpackungen oder in Gaststätten klar erkennbar, aus welcher Haltungsform die Eier stammen. Dann kann Jede und Jeder im Laden nach bestem Wissen und Gewissen mitentscheiden, wie Legehennen gehalten werden.

So klappt es für alle mit „Frohe Ostern“!

Bologna 2.0

von Wolfgang Nešković

In diesem Jahr jährt sich der Beginn des Bologna-Prozesses das 13. Mal. Versprochen wurde damals eine Vereinheitlichung der Bildungsabschlüsse in Europa, die Verbesserung der Studienqualität sowie eine Erleichterung bei Auslandsaufenthalten. Kurz: Das Studieren in Europa sollte einheitlicher und besser werden und die Universitäten sollten sich neuen Zielgruppen öffnen.

Dreizehn Jahre später ist keines der Ziele erreicht worden und die Situation vieler Studierender hat sich noch verschlechtert. Die Überbelastung in den neuen Studiengängen und die Ausrichtung der Lehrinhalte an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes, haben eine heftige Protestwelle unter den Studierenden ausgelöst. Besonders junge Menschen aus finanziell schwachen oder bildungsfernen Elternhäusern haben kaum die Chance auf eine vollständige akademische Ausbildung. Studienplätze sind nicht ausreichend finanziert und der Studienplatzmangel weitet sich aus.

Die ausgebliebene Hochschulexpansion wäre in Deutschland gesellschaftlich dringend notwendig. Auch nach den Reformen hat lediglich 1 Prozent der Studierenden an deutschen Hochschulen kein (Fach-) Abitur. Das Deutsche Studentenwerk betont in seiner aktuellen Sozialerhebung, dass die Chancen von Akademiker-Kindern einerseits und Nicht-Akademiker-Kindern andererseits im Hochschulsystem weiter auseinander driften. Der Bologna-Prozess hat nichts daran geändert, dass deutsche Hochschulen einen auffallend elitären Zirkel bilden. Auf- und Quereinsteiger haben es auch weiterhin deutlich schwerer als in den meisten anderen europäischen Ländern.

Mit der Einführung des zweistufigen Studiensystems ist im Rahmen des Bologna-Prozesses sogar noch eine weitere Hürde im Hochschulsystem etabliert worden. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass der Übergang vom Bachelor zum Master wiederum mit sozialer Ausgrenzung verbunden ist. In den deutschen Bachelor-Studiengängen sind nach Daten der Europäischen Union bereits 37 Prozent der sozialen Herkunftsgruppe „hoch“ zugeordnet und lediglich 13 Prozent der sozialen Herkunftsgruppe „niedrig“. In den Master-Studiengängen geht diese Schere noch weiter auf: Hier sind es sogar 41 Prozent der Studenten, die der sozialen Herkunftsgruppe „hoch“ entstammen, bloß 9 Prozent sind der Herkunftsgruppe „niedrig“ zugeordnet.

Für Studierende, denen nach dem Bachelor der Einstieg in das Masterstudium verwehrt wird, hat die neue Studienstruktur eine drastische Verkürzung der Studienzeiten zur Folge. Dies bedeutet eine gravierende Einschränkung ihrer Bildungschancen. Statt zu einer Öffnung der Hochschulen beizutragen, verstärken die neuen Abschlüsse somit die Bildungskürzungen und die Abschottung der Hochschulen nach unten. Auf dem Arbeitsmarkt müssen Bachelor-Absolventen im Vergleich zu Absolventen von Master-Studiengängen Gehaltseinbußen von bis zu 20 Prozent hinnehmen. Viele Bachelor-Studiengänge vermitteln de facto keinen berufsqualifizierenden Abschluss und können Absolventen keine attraktiven beruflichen Perspektiven bieten. Insbesondere Studierende aus finanziell schwachen Elternhäusern haben somit immer weniger Chancen auf eine vollständige Hochschulausbildung.

Auch das Versprechen einer höheren Mobilität, einer internationaleren Ausrichtung des Studiums und von Erleichterungen bei Auslandsaufenthalten wurde nicht eingehalten. Der Anteil der Studierenden mit studienbezogenen Auslandsaufenthalten liegt bei den Bachelor-Studierenden mit 16 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt von 25 Prozent aller Studierenden. Insgesamt ist die Auslandsmobilität von Studierenden an deutschen Universitäten in den letzten Jahren sogar gesunken.

Da durch den Bologna-Prozess ganz offensichtlich die angestrebten Ziele nicht erreicht wurden und die Situation der Studierenden in vielerlei Hinsicht noch verschlechtert wurde, ist es Zeit für eine neue Hochschulreform. Wir brauchen einen Reformprozess für die Hochschulen, der Bildungschancen nicht einschränkt, sondern sich an einer umfassenden Öffnung der Hochschulen orientiert. Die Hochschulen müssen sich hierbei auf neue Zielgruppen einstellen und neue Aufgaben, unter anderem in der akademischen Weiterbildung, übernehmen. Eine neue Hochschulreform muss sich vor allem an den Bedürfnissen der Studierenden orientieren. Sie muss eine eigenständige Studiengestaltung und forschendes Lernen ermöglichen und die kritische Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen Disziplin sowie mit den gesellschaftlichen Verhältnissen fördern.

Deshalb fordert die Bundestagsfraktion DIE LINKE einen Wechsel in der Hochschulpolitik: Die Zahl der Studienplätze muss deutlich erhöht werden. Die zur Berechnung der Studienplätze zugrunde gelegten Studienplatzkosten müssen sich außerdem endlich an den realen Kosten orientieren. Nur dann sind die Studienplätze auch wirklich ausfinanziert und existieren nicht nur auf dem Papier. Darüber hinaus muss zukünftig sichergestellt werden, dass jeder Bachelor-Absolvent auch einen Masterstudienplatz in einem geeigneten Studiengang bekommt und so eine vollständige akademische Ausbildung erhält. Für die Öffnung der Hochschulen für neue Gesellschaftsschichten ist es notwendig, dass das BAföG sowie die Freibeträge für Eltern erhöht werden. Auch die Förderung von jungen Menschen an Berufsschulen muss wieder über Ausnahmefälle hinaus möglich sein.

Insgesamt ist es an der Zeit, dass die europäische Hochschulpolitik sich von der Wirtschaftspolitik emanzipiert. Akademische Ausbildung darf nicht bloß der beruflichen Qualifizierung und der Nachwuchsgewinnung für den Arbeitsmarkt dienen. Das Ziel wirklich freier wissenschaftlicher Arbeit muss es sein, gesellschaftliche Prozesse zu hinterfragen und zu gestalten.

Vier Fraktionen fehlt es an demokratischem Mut

28.03.2012 – DAGMAR ENKELMANN

„Wochenlang haben CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne darüber verhandelt, wie sich die Beteiligungsrechte des Bundestages beim EFSF stärken lassen, herausgekommen ist praktisch nichts. Den vier beteiligten Fraktionen fehlt offenkundig der demokratische Mut, die Beteiligungsrechte des ganzen Bundestages an die erste Stelle zu setzen und nicht die des geheim gewählten Geheimgremiums“, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zum vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Stabilisierungsmechanismusgesetzes (StabMechG). Enkelmann weiter:

„Haushaltswirksame Maßnahmen sollten immer durch das Plenum des Bundestages entschieden werden. Für Fälle besonderer Vertraulichkeit sieht das Grundgesetz ausdrücklich die Möglichkeit vor, dass das Plenum in geschlossener Sitzung tagt und beschließt.

Das jetzt verabredete Sondergremium darf mit Mehrheit selbst darüber entscheiden, ob besondere Vertraulichkeit vorliegt und ob es sich zuständig fühlt. Es bedarf keiner großen hellseherischen Fähigkeiten, um vorauszusagen, dass die Mehrheit der Regierungsfraktionen in diesem Gremium in nahezu 100 Prozent der Fälle keine andere Auffassung zur Vertraulichkeit vertreten wird als die Bundesregierung. Vor diesem Hintergrund klingt die mit Vehemenz vorgetragene Forderung der CSU-Landesgruppe, die Beteiligungsrechte beim EFSF müssten auch für den ESM gelten, gar nicht mehr revolutionär, sondern eher wie eine Drohung.“

Foto: (c) Deutscher Bundestag / Lichtblick / Andi Hill

Mitspracherecht kommunaler Verbände reicht noch nicht aus

23.03.2012 – DAGMAR ENKELMANN

„Der Fraktion DIE LINKE reicht das Mitspracherecht der kommunalen Spitzenverbände bei Belangen von Gemeinden noch nicht aus.

Denn leider gilt das Recht nicht für Vorlagen, die die Bundesregierung zu kommunalen Vorhaben einbringt, sondern nur für Gesetzentwürfe, die aus dem Bundestag selbst oder dem Bundesrat kommen. Der größte Teil der Gesetzesvorlagen, schätzungsweise bis zu 80 Prozent, aber kommt aus den Reihen der Bundesregierung“, kritisiert Dagmar Enkelmann, Mitglied im Ausschuss für Geschäftsordnung, Immunität und Wahlprüfung, die beschlossene Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages, nach der kommunale Spitzenverbände bei Gesetzesentwürfen, die wesentliche Belange von Gemeinden und Gemeindeverbänden berühren, das verbriefte Recht haben, im federführenden Ausschuss des Bundestages Stellung zu beziehen. Enkelmann weiter:

„Nach jahrelanger, maßgeblich von der LINKEN angestoßenen Debatte, fand gestern ein aktueller Antrag der Fraktion DIE LINKE, diese Ausnahme zu beseitigen, nur die Unterstützung der anderen beiden Oppositionsparteien, SPD und Grüne. Der Bundestag hat einen kleinen Schritt hin zu mehr Bürgernähe gemacht, wirklich kommunalfreundlich ist er noch nicht.“

Foto: Konstantin Brückner

Kinderbetreuung fällt nicht vom Himmel

28.03.2012 – DIANA GOLZE

„Wenn Kristina Schröder hofft, dass der Storch die noch fehlenden 200.000 Kitaplätze inklusive der 20.000 fehlenden qualifizierten Betreuerinnen und Betreuer gleich mitliefert, wenn er die Kinder einfliegt, ist sie auf dem Holzweg. Kinderbetreuung fällt nicht vom Himmel. Die Bundesfamilienministerin muss in den nächsten 15 Monaten die Ärmel hochkrempeln, wenn der versprochene Kitaausbau gelingen soll“, erklärt Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zu den massiven Problemen beim Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren.

Golze weiter:

„Es geht nicht nur um Quantität. Die Qualität der Betreuung muss oberste Priorität behalten. Fehlendes Personal darf nicht durch Hilfskräfte und Stellen im Bundesfreiwilligendienst ersetzt werden. Stattdessen muss mehr in die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher investiert, müssen deren deren Arbeitsbedingungen verbessert und die Arbeit anständig entlohnt werden. Das Herabsetzen von Sicherheitsstandards, beispielsweise beim Brandschutz, um Kosten zu sparen, darf nicht zugelassen werden.

Die Bundesregierung setzt seit Jahren darauf, dass die Probleme von den Kommunen allein gelöst werden: Das fehlende Personal, die fehlenden Räumlichkeiten, die fehlenden finanziellen Mittel. Damit muss Schluss sein.

Es ist höchste Zeit, dass ein funktionierendes Gesamtkonzept unter Mitwirkung aller Beteiligten inklusive der Familien erstellt wird, das den Ausbau quantitativ und qualitativ absichert. Hierfür stehen jährlich 1,2 Milliarden Euro bereit, wenn Kristina Schröder auf das geplante Betreuungsgeld verzichtet.“

Armut verfestigt sich, soziale Ungleichheit nimmt zu

27.03.2012 – DIANA GOLZE

„Fast jeder sechste Mensch in Deutschland ist arm oder von Armut bedroht. In kaum einem anderen Land ist die Einkommensungleichheit in den letzten Jahren stärker gestiegen als in der Bundesrepublik. Wer Armut wirksam und nachhaltig bekämpfen will, muss die Verteilungsfrage stellen“, kommentiert Diana Golze, Leiterin des Arbeitskreises Arbeit, Soziales, Gesundheit der Fraktion DIE LINKE, aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes zu Armutsgefährdung und Einkommensungleichheit. Golze weiter:

„Auch die längerfristigen Daten des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass die soziale Spaltung zunimmt. Das Verhältnis des Einkommens der obersten 20 Prozent der Bevölkerung zu dem der untersten 20 Prozent hat sich seit 2005 innerhalb kürzester Zeit vom 3,8fachen auf das 4,5fache erhöht. Die Zahl der Menschen in Armut ist im gleichen Zeitraum von unter 10 Millionen auf über 12,6 Millionen gestiegen.

Die Politik der Bundesregierung verschärft das Problem noch. Die Weigerung, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen oder die Hartz IV-Regelsätze auf ein wirklich existenzsicherndes Niveau anzuheben, der Kahlschlag bei der Arbeitsförderung und das bürokratische und ineffektive Bildungs- und Teilhabepaket vertiefen die soziale Kluft immer mehr.

Dieser Prozess muss gestoppt und umgekehrt werden. Das ist nicht nur eine sozialpolitische Notwendigkeit, sondern auch wirtschaftspolitisch vernünftig. Das Geld gehört zu den Menschen, die damit nicht die Finanzmärkte füttern, sondern sich selbst und ihre Kinder. Die Maßnahmen liegen auf der Hand: Ein gerechteres Steuersystem muss her, Löhne und Sozialleistungen müssen steigen.“

Foto: Kreuznacher Zeitung_pixelio.de

Von der Leyen lässt Leistungen für bedürftige Kinder im bürokratischen Nirwana untergehen

26.03.2012 – DIANA GOLZE

„In ihrer Pflicht gegenüber Kindern aus einkommensschwachen Elternhäusern hat Ursula von der Leyen komplett versagt. Die Ministerin hat es unterlassen, den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nachzukommen und einen kindergerechten Regelsatz im Hartz IV-Leistungssystem vorzulegen. Stattdessen hat sie mit dem Bildungs- und Teilhabe-Paket ein bürokratisches Monster erschaffen, das mehr Geld in Form von Personalstunden verschlingt, als es an Leistungen für bedürftige Kinder erbringt“, erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Diana Golze. Golze weiter:

„Es ist an der Zeit, diesen bürokratischen Unsinn einzustellen, den Vorgaben des Verfassungsgerichtes zu folgen und endlich einen Hartz IV-Regelsatz zu entwickeln, der den realen Bedarf von Kindern abdeckt und ihnen einen gleichberechtigten Bildungszugang und gesellschaftliche Teilhabe garantiert. Mittelfristig sollten Kinder komplett aus dem SGB II-System herausgenommen werden, denn sie sind keine kleinen Langzeiterwerbslosen. Die Alternative wäre eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen, wie DIE LINKE sie fordert.“

Foto: sfelder_pixelio.de

Gefährliche Nähe

28.03.2012 – WOLFGANG NEŠKOVIĆ

„Eine zentrale Staatsanwaltschaft für Soldaten schafft gefährliche Nähe zwischen Justiz und Bundeswehr. Sie ist deswegen abzulehnen“, erklärt Wolfgang Neskovic, Justiziar und Vorstandsmitglied der Fraktion DIE LINKE, zu den Plänen der Koalition, einen besonderen Gerichtsstand für Soldaten im Rahmen von Auslandseinsätzen zu schaffen. Neskovic weiter:

„In Übereinstimmung mit den Stellungnahmen der Richterverbände und des Deutschen Anwaltvereins sieht auch DIE LINKE keine Notwendigkeit für eine Gesetzesänderung. Die zivile Perspektive der Staatsanwälte und Richter auf Straftaten deutscher Soldaten bei Auslandseinsätzen ist kein Manko, sondern ein Gewinn für unseren Rechtsstaat. Sie ist wichtig, um den zivilen Geist der Bundesrepublik trotz zunehmender Militäreinsätze im Ausland am Leben zu erhalten. Eine kritisch-zivile Distanz zwischen Justiz und Militär ist in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren unabdingbar. In einer besonderen Gerichtsbarkeit für Soldaten ist sie nicht länger garantiert.

Nach Plänen der Koalition wäre nur ein bestimmter kleiner Kreis von Staatsanwälten und Richtern zentral und dauerhaft für Straftaten zuständig, die von Soldaten im Ausland begangen werden. Eine solche persönliche und institutionelle Nähe zwischen Justiz und Militär muss das Verständnis für die militärische Sichtweise fördern. Sie schaden damit der Objektivität des Verfahrens.

Durch die Wahl der Stadt Kempten als Ort des Gerichtsstands nährt der Gesetzgeber den Verdacht, es handele sich um ein die Bundeswehr begünstigendes Sonderrecht. Ursprünglich war Potsdam als Standort vorgesehen. Nach der Bildung der rot-roten Landesregierung mit einem linken Justizminister soll plötzlich die Verlegung in das von der CSU beherrschte Bayern erfolgen. Vor dem Hintergrund des Weisungsrechts des Landesjustizministers an die Staatsanwaltschaften wird so ein für die Bundeswehr vermeintlich günstiges Entscheidungsumfeld geschaffen.“

Drohung aus Brüssel darf nicht nachgegeben werden

23.03.2012 – WOLFGANG NEŠKOVIĆ

„Der Gesetzgeber darf den Drohungen der EU-Kommission zur Einführung der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung nicht nachgeben. Auch wenn die Kommission Klage vor dem Europäischen Gerichtshof einreichen möchte, ändert dies nichts an dem Vorrang der deutschen Verfassungsgerichtsbarkeit“, erklärt Wolfgang Neskovic, Justiziar und Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE, anlässlich des Ultimatums der Kommission zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland.

Neskovic weiter:

„Bindend sind die Auslegungen des Bundesverfassungsgerichts und nicht die Vorgaben aus Brüssel. Das Bundesverfassungsgericht hat die bis dahin geltende Regelung zur Vorratsdatenspeicherung 2010 zu Recht als verfassungswidrig eingestuft. Für die erneute Einführung wurden außerdem extrem hohe rechtliche Hürden aufgestellt. Es ist nicht abzusehen, dass die von der CDU diskutierten Vorhaben damit in Einklang zu bringen sind.

Die Drohung, dass ein Verfahren hohe Geldstrafen gegen Deutschland nach sich ziehen könnte, ist nicht weiter zu beachten und taugt als Drohkulisse nicht: Insgesamt laufen derzeit 81 Vertragsverletzungsverfahren aus den verschiedensten Gründen gegen Deutschland. 20 dieser Verfahren sind bereits beim Europäischen Gerichtshof anhängig. Ein Bußgeld ist gegen Deutschland jedoch noch nie verhängt worden.

Deswegen gebührt der Bundesjustizministerin für ihren Widerstand Respekt und Unterstützung. Es bleibt zu hoffen, dass die FDP standhaft bleibt und der Position ihrer Ministerin folgt.“

Äcker vor Kapitalanlegern schützen

30.03.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Die Bodenpreisexplosion wird immer mehr zur Bedrohung für landwirtschaftliche Betriebe in Ostdeutschland. Das ist absolut inakzeptabel und verlangt politisches Handeln,“ erklärt Dr. Kirsten Tackmann anlässlich der Debatte um das vom Bundesverband der Landgesellschaften (BLG) vorgelegte Gutachten zum landwirtschaftlichen Bodenmarkt in Deutschland. Dr. Tackmann hatte die Bundesregierung in der Fragestunde am Mittwoch nach einer Einschätzung des Gutachtens gefragt. Auch in der Sitzung des Agrarausschusses des Bundestages wurde auf Anregung der Linksfraktion darüber diskutiert.

Tackmann weiter:

„Der rasante Anstieg der Bodenpreise in Ostdeutschland erfordert dringend eine Korrektur der öffentlichen Bodenpolitik. Ausgerechnet die bundeseigene Bodenverwertungs- und verwaltungs GmbH – kurz BVVG - wird zum Motor dieser Entwicklung und treibt politisch beauftragt die Bodenpreise nach oben. Darum fordert die Linksfraktion, die Privatisierungsrichtlinie der BVVG und die Grundstücksverkehrsgesetze der Bundesländer auf den Prüfstand zu stellen. Wir wollen den Zugriff nicht-landwirtschaftlicher Investoren auf den Acker verhindern.

Insbesondere externe Investoren trieben innerhalb von nur fünf Jahren den durchschnittlichen Kaufwert ostdeutscher Agrarflächen um 85 Prozent nach oben. Das hat die Studie der BLG ergeben. Viele Agrarbetriebe können diese Preisspirale nicht mitmachen. Dabei sind sie dringend auf diese Flächen angewiesen. Mit den massiven Verkäufen nach europäischer Ausschreibung und Höchstgebot der BVVG wird de facto eine Agrarstrukturpolitik zu Gunsten nichtlandwirtschaftlicher Kapitalanleger betrieben. Dabei gehen schon mal 50 Hektar in einem Paket über den Tisch. Die Kapitalanleger bestimmen zunehmend die Entwicklungen auf dem Pacht- und Kaufmarkt. Das ist eine besorgniserregende Entwicklung.“

Die Antworten der Bundesregierung auf die mündlichen Fragen von Frau Dr. Tackmann finden Sie:
HIER

Pressemitteilungen

Schwarz-gelb gefährdet Energiewende

29.03.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Nach dem Verriss der Solar-Kürzungspläne der Bundesregierung in der Experten-Anhörung hätte der Gesetzentwurf zurückgezogen werden müssen. Stattdessen drückt die Koalition ihn nur leicht geändert durchs Parlament," kommentiert Dr. Kirsten Tackmann den heute im Bundestag gefassten Beschluss zur zusätzlichen drastischen Reduzierung der Solarförderung.

Tackmann weiter:
„Die Energiewende ist dringend erforderlich. Statt die anstehenden Aufgaben strategisch anzupacken dreht die Bundesregierung dieser Zukunftsbranche den Hahn ab. Das hat verheerende Auswirkungen, gerade für Ostdeutschland. Es droht eine erneute Deindustrialisierung. Darum habe ich die Kürzungspläne abgelehnt.

Der Ausbau der erneuerbaren ist die zwingende Voraussetzung für den Ausstieg aus den fossilen Energien. Darum müssen die Erneuerbaren weiter gestärkt werden. Der dynamische Schwung des Ausbaus der Photovoltaik (PV) beweist die Machbarkeit.

Die LINKE fordert eine Fortsetzung des ambitionierten PV- Ausbaus. Dafür ist eine Strategie erforderlich, die neben der Einordnung des Solarstroms in die Stromgewinnung insgesamt eine planbare und verlässliche Solarstromvergütung beinhaltet. Weiterhin müssen dringend die Stromnetze schrittweise auf eine dezentrale Versorgungsstrategie ausgerichtet und die Regelungs- und Speichertechnik ausgebaut werden.

Ausgerechnet jetzt kürzt die Koalition nahezu ohne Vorwarnzeit weit über die bereits beschlossene Reduktion die Einspeisevergütung für Solarstrom hinaus. Mit der abenteuerlichen Begründung, diese Förderung wäre zu erfolgreich. Dass die Koalition behauptet, damit die Strompreise bezahlbar zu halten, ist zynisch. Der Mythos von der Verteuerung des Stroms durch den Ausbau erneuerbarer Energien ignoriert wesentlichere Gründe für steigende Preise und lenkt vom fehlenden Handlungswillen der Koalition ab. Dass dabei besonders Kleinanlagen auf privaten Dächern noch schlechter gestellt werden als im ersten Entwurf Mitte Februar, ist bezeichnend. Dabei sind doch gerade diese Flächen

gesellschaftlich am meisten akzeptiert. Solche Regelungen zeigen, wie blind die Bundesregierung auf dem erneuerbaren Auge ist und wie tief die Koalition noch im fossilen Zeitalter festhängt."

Foto: Konstantin Brückner

Tackmann lädt zum Girls' Day in den Bundestag ein

27.03.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Am 26. April, zum diesjährigen Girls' Day, lade ich fünf Mädchen aus meinem Heimatwahlkreis in den Bundestag ein, meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete kennenzulernen," so Dr. Kirsten Tackmann. Der Girls' Day ermuntert Mädchen in Berufsfelder zu schauen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Laut der Koordinierungsstelle „Girls' Day" wählen die meisten jungen Frauen ihre Ausbildung nur aus zehn verschiedenen Berufen. Obwohl es insgesamt etwa 350 Ausbildungsberufe gibt.

Tackmann weiter:
„Auch der Bundestag glänzt nicht gerade durch einen hohen Frauenanteil. Auf die 620 Abgeordneten kommen gerade mal 196 Frauen. Das muss sich ändern.
Meine Fraktion DIE LINKE. geht da mit gutem Beispiel voran. Mit 42 von insgesamt 76 Abgeordneten sind mehr als die Hälfte Frauen, also 55 Prozent. Das ist der höchste Frauenanteil aller im Bundestag vertretenen Fraktionen. Gerade in den Regierungsparteien herrschen noch immer Herr-schaftliche Verhältnisse. Dort liegt der Frauenanteil blamabel zwischen 20 (CDU/CSU) und 25 (FDP) Prozent."
Mädchen ab 16 Jahren aus der Prignitz und Ostprignitz-Ruppin, den Ämtern Rhinow und Friesack können sich ab sofort über das online Anmeldungsformular auf der Girls' Day Webseite anmelden (HIER).

Anmeldeschluss ist der 23. April.
Rückfragen bitte unter
033971-32857.

Die Fahrkosten werden erstattet.

Die Mädchen werden am Girls' Day in die parlamentarische Arbeit hinein schnuppern. Dazu gehören Gespräche mit Kirsten Tackmann, Petra Pau (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages) und Yvonne Ploetz (frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion), ein Besuch der Plenardebatte auf der Besuchertribüne sowie eine Führung durch das Reichstagsgebäude.

Equal Pay Day: Deutschland bleibt europäisches Schlusslicht

22.03.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Es ist was faul in diesem Land, wenn Frauen noch immer für gleichwertige Arbeit sehr viel geringer entlohnt werden als ihre männlichen Kollegen.

Deshalb werde ich auch in diesem Jahr am Equal Pay Day am 23. März für Entgeltgleichheit und gegen die Lohndiskriminierung von Frauen am Brandenburger Tor demonstrieren," so Dr. Kirsten Tackmann zum diesjährigen Equal Pay Day.

Tackmann weiter:
„Bis zum 23. März müssen die Frauen in Deutschland in diesem Jahr durchschnittlich arbeiten um auf dasselbe Entgelt zu kommen, das ihre männlichen Kollegen bereits zum Ende des Vorjahres erhielten. Der Entgeltunterschied zwischen Männern und Frauen beträgt bei uns immer noch skandalöse 23 Prozent. Damit fällt Deutschland nicht nur weit hinter dem EU-Durchschnitt von 17 Prozent zurück. Es bleibt zusammen mit der Tschechischen Republik und Österreich europäisches Schlusslicht.

Es sind Frauen, die häufiger in schlechter bezahlten Berufen wie im Dienstleistungs- oder sozialen Bereich arbeiten. Es sind Frauen, die häufiger in Teilzeit arbeiten. Und es sind Frauen, die kaum in Führungspositionen vertreten sind - und wenn für deutlich weniger Gehalt. Das muss sich ändern!"

Anträge, Anfragen & Initiativen

29.03.2012

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9197

Bologna-Prozess - Umsteuern für ein besseres Studium und offene Hochschulen

13 Jahre nach dem Gipfel der europäischen Bildungsminister in Bologna haben sich die deutschen Hochschulen weder gegenüber anderen Ländern, noch gegenüber neuen Zielgruppen wirksam geöffnet. Ein angemessener Ausbau der Hochschulen wird durch fehlende Ressourcen verhindert, der Studienplatzmangel verschärft sich weiter. Es ist höchste Zeit für einen Kurswechsel. In unserem Antrag formulieren wir die Eckpunkte für eine neue Vision für den Europäischen Hochschulraum und die deutschen Hochschulen.

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9194

Risiken der Riester-Rente offen legen – Altersvorsorge von Finanzmärkten entkoppeln

Die Riester-Rente wurde mit der höheren Leistungsfähigkeit der privaten kapitalgedeckten Versicherungen begründet. Zehn Jahre nach dem Paradigmenwechsel ist endgültig klar: Die Versprechen sind nicht zu halten. Stattdessen bereichert sich die Finanzindustrie an der Riester-Rente. Der Staat subventioniert dieses Geschäft mit Milliarden an Euro ohne eine vernünftige Kontrolle der Versicherungswirtschaft durchzuführen. Der vorliegende Antrag soll diese Lücke schließen.

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9193

Wirksamer Schutz für Flüchtlinge, die wegen ihrer sexuellen Identität verfolgt werden

Infolge einer parlamentarischen Anfrage der Linksfraktion zu Flüchtlingen, die wegen ihrer sexuellen Identität verfolgt werden, bekannte sich die Bundesregierung - allerdings nur teilweise - zu einem anderen Umgang mit diesen Schutzsuchenden. Aktuelle Urteile sind häufig noch von reaktionären Ablehnungsmustern geprägt. Erforderlich sind deshalb Änderungen im Recht und in der Praxis, wie auch eine aktuelle internationale Studie belegt.

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9192

Neue Flusspolitik - ein Nationales Rahmenkonzept für naturnahe Flusslandschaften

Flusslandschaften gehören durch ihren Artenreichtum zu den wertvollsten Naturräumen Mitteleuropas. Daher sollten Flüsse nicht ausschließlich als Wasserstraßen betrachtet, sondern, wie alle Gewässer und Landschaften, umfassend und nachhaltig geschützt werden. Nur so kann die Ressource Wasser in guter chemischer und ökologischer Qualität und ausreichender Quantität als Lebensraum für ein reiches Artenspektrum erhalten oder entwickelt und ein effektiver Hochwasserschutz gewährleistet werden.

29.03.2012

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9191

Umfassende Visaliberalisierungen für Menschen in Russland und Osteuropa

DIE LINKE fordert sofortige Visaerleichterungen im Interesse der Menschen - nicht nur in Bezug auf Osteuropa und nicht nur für Geschäftsleute, wie es derzeit häufig diskutiert wird. Ohne Gesetzesänderungen wären sofort erhebliche Erleichterungen in der Praxis möglich. Die Innenpolitiker der Regierung schüren jedoch Ängste, um die bereits zugesagte Visaliberalisierung für Osteuropa auszubremsen. Die jetzige Praxis schädigt das deutsch-russische Verhältnis und schikaniert die Menschen.

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9190

Umfassende Teilhabe am Sport für Menschen mit Behinderungen ermöglichen - UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen ein echtes Wahlrecht haben und selbstbestimmt entscheiden können, ob und wie sie Sport treiben. Der Bund ist, neben Ländern und Kommunen, verpflichtet, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Für eine umfassende Teilhabe, müssen im Sport u.a. noch Barrieren im infrastrukturellen, konzeptionellen und baulichen Bereich abgebaut werden. Auch Förderkriterien müssen angepasst werdeen, um reale Gleichbehandlung zu ermöglichen.

28.03.2012

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9150

Ausverkauf staatlichen Eigentums stoppen – keine Privatisierung der TLG- Wohnungen

Die Privatisierung öffentlicher Wohnugsbestände verstößt gegen das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes. DIE LINKE will den geplanten Verkauf der TLG Immobilien verhindern und die öffentliche und kommunale Wohnungswirtschaft stärken. Für den Erhalt der TLG-Wohnungen sollen tragfähige Modelle entwickelt werden.

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9149

Wirksame Anreize für klimafreundliche Firmenwagen

Firmenwagen schaden dem Klima im Durchschnitt mehr als Privat-Pkw. Die Bundesregierung vernachlässigt dies komplett. DIE LINKE präsentiert einen konkreten Lösungsvorschlag, mit dem die BeziehерInnen von niedrigen und mittleren Einkommen sogar entlastet werden können.

Anträge, Anfragen & Initiativen

28.03.2012

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9148

Grundlegende Reformen der EU-Verträge umsetzen - Änderung von Artikel 136 des Vertrags zur Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) verhindern

Mit der Vertragsänderung von Artikel 136 Absatz 3 AEUV wird die zwischenstaatliche Konstruktion des ESM legalisiert und so bestehendes EU-Recht ausgehöhlt. Damit Forderungen der LINKEN für eine Lösung der Krisenursachen in der EU umgesetzt werden können, sind stattdessen andere Änderungen am Lissabon-Vertrag erforderlich. DIE LINKE setzt sich für die Änderung derjenigen Vertragsartikel ein, die derzeit die marktradikale Ausrichtung der EU festschreiben und ein soziales Europa verhindern.

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9147

Ratifizierung des Fiskalvertrags ablehnen – Ursachenorientierte Politik zur Krisenbewältigung einleiten

Der Fiskalvertrag trägt nicht dazu bei, die Eurokrise zu überwinden, im Gegenteil. Er ist ein Antriff auf die Sozialstaatlichkeit und die Demokratie und gefährdet damit auch den europäischen Integrationsprozess.

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9146

Europäischen Stabilitätsmechanismus ablehnen, europäisches Investitionsprogramm auflegen

Der ESM forciert in Verbindung mit dem Fiskalvertrag den Sozialabbau, subventioniert Banken, überwälzt Risiken auf Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Wir fordern ein europäisches Investitionsprogramm, das Ende der krisenverschärfenden Kürzungspolitik, Umverteilung von oben nach unten, Abbau von Leistungsbilanzungleichgewichten, Überführung privater Großbanken in öffentliche Hand, eine Europäische Bank für öffentliche Anleihen.

30.03.2012

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9073

Kostenpflichtige Rufnummern der Arbeitsagenturen

Immer mehr Leistungsbeziehende müssen kostenpflichtige Rufnummern für die Kommunikation mit den Arbeitsagenturen benutzen. Die Kleine Anfrage will das Ausmaß dieser Abzocke, seine Gewinnerinnen und Gewinner sowie Verliererinnen und Verlierer thematisieren. Damit sollen die Voraussetzungen für nachfolgende Anträge geschaffen werden.

29.03.2012

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9125

Lebenserwartungs-Fonds und ethisches Investment

Der Lebensversicherungsfonds der Deutschen Bank „Kompass Life 3“ spekuliert auf die noch verbleibende Lebensdauer von Menschen. Diese „Wetten auf den Tod“ lehnt DIE LINKE ab und fragt u.a. nach ähnlichen Finanzinstrumenten und Möglichkeiten der Regulierung. Hier gelangt „unser“ Finanz-TÜV auch wieder in den Fokus. Ferner wird die Bundesregierung zur ethischen und nachhaltigen Ausrichtung der Finanzmärkte und von Finanzinstrumenten befragt.

26.03.2012

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9074

Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland im Februar 2012

Abgefragt werden die monatlichen von Rechtsextremisten begangenen Straftaten, um die Öffentlichkeit frühzeitig über die Entwicklung dieser Straftaten zu informieren und aktuelle Gefährdungspotentiale aufzuzeigen. Für Opfergruppen, die Medien, Wissenschaftler, jüdischen Organisationen und Verbände etc. bieten diese monatlichen Kleinen Anfragen mittlerweile eine wichtig gewordene Orientierung.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9038

Veröffentlichung und Bewertung der Studie „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“

Eine Woche nach der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nazi-Terrors in Deutschland und einen Tag vor der offiziellen Vorstellung durch das Bundesinnenministerium am 1. März 2012 berichtete BILD.de exklusiv über die Studie. Dabei wurden einige vermeintliche Ergebnisse der Studie dergestalt zusammengefasst, dass sie ein negatives Zerrbild der Realität konstruierten. Entsprechend kritische Reaktionen auf diese Berichterstattung kamen aus der Politik, von Verbänden und aus der Wissenschaft.

23.03.2012

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9023

Willkürliche Zerstörungen von Infrastruktureinrichtungen durch Israel in den so genannten C-Gebieten des besetzten Westjordanlandes

In dieser Kleinen Anfrage geht es um Inhalte und Perspektiven deutscher sowie europäischer Entwicklungszusammenarbeit in den sogenannten „C-Gebieten“ des von Israel besetzten Westjordanlandes sowie um eine Positionsbestimmung der Bundesrepublik zur Politik der Besatzungsmacht Israel in den C-Gebieten.

Anträge, Anfragen & Initiativen

23.03.2012

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9017

Sicherungslücke im Übergang vom Arbeitslosengeld in eine Erwerbsminderungsrente

Im Übergang vom Arbeitslosengeld in eine Erwerbsminderungsrente besteht aufgrund einer rechtlichen Regelungslücke eine Sicherungslücke, die geschlossen werden muss. Die Linksfraktion will das Problem zunächst mit einer Kleinen Anfrage näher beleuchten.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9015

Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst und die Förderung von Auszubildenden sowie jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Zahlreiche Studien der letzten Jahre haben auf die Schere zwischen Abbau in der Bundesverwaltung, den Ruhestandszahlen und den mangelnden Ausbildungs- und Einstellungszahlen hingewiesen. Das Thema des demografischen Wandels im Öffentlichen Dienst wird in den Verbänden der Beschäftigten zurzeit stark diskutiert. In Abstimmung mit der dbb-Jugend ist diese Kleine Anfrage erarbeitet worden. Ziel ist es die unzureichende Politik der Bundesregierung diesbezüglich und Handlungspotentiale aufzuzeigen.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9013

Digitale und soziale Spaltung bei Zugang und Nutzung des Internets in Deutschland

Die Ergebnisse des (N)Onliner-Atlas 2011 zeigen, dass bei der Nutzung des Internets in Deutschland immer noch eine digitale Spaltung zwischen den Nutzerinnen und Nutzernentlang von Einkommen und Bildungsgrad existiert. Die Bundesregierung soll mit den Antworten auf diese Kleine Anfrage ihre Erkenntnisse und Bewertungen zur digitalen Spaltung in Verbindung mit der sozialen Spaltung in Deutschland offenlegen. Zusätzlich sollen die ergriffenen Maßnahmen zur Überwindung der digitalen Spaltung dargestellt und bewertet werden.

CDU, CSU und FDP streichen die Solarförderung massiv zusammen, gefährden mutwillig zehntausende Arbeitsplätze und verunsichern die Solarindustrie.

DIE LINKE fordert Mut zum Aufbruch ins solare Zeitalter.

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Stand: 30.03.2012. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, stellv. Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Reden

29.03.2012 DIANA GOLZE

Investieren Sie in öffentliche Kindertagesbetreuung!

Umfragen und Studien zum Betreuungsgeld zeigen, dass es Mitnahmeeffekte geben wird, dass auch Familien dieses Betreuungsgeld in Anspruch nehmen werden, die es eigentlich überhaupt nicht brauchen, die sowieso nie vorhatten, ihr Kind in eine Kita zu geben, die das Betreuungsgeld als zusätzliches Taschengeld abgreifen. Im Übrigen werden das genau dieselben sein, die vom Ehegattensplitting profitieren. Für diese Gruppe ist das Betreuungsgeld ja eigentlich auch gedacht.

▶ weiterlesen HIER

29.03.2012 – DIANA GOLZE

Bildungs-und Teilhabepaket entpuppt sich als Bürokratiemonster

Sehr geehrte Frau/ Herr Präsident/in,
sehr geehrte Damen und Herren,
uneingeschränkter Zugang zu Bildung und gleichberechtigte Teilhabe an Bildungsangeboten aber auch an kulturellem und gesellschaftlichem Leben sind grundlegende Rechte eines jeden Kindes. Sie gehören zu dem, was ein Kind für eine bestmögliche Entwicklung, ein bestmögliches Aufwachsen braucht. Das Bundesverfassungsgericht hat dies eindeutig festgestellt und der Bundesregierung die Zuständigkeit für den Zugang zu Bildungsangeboten zugewiesen. Statt diesen Auftrag eins zu eins umzusetzen, schuf die zuständige Ministerin Ursula von der Leyen den unerträglichen Mythos von den Eltern im Hartz IV-Bezug, die ihr Geld für alles Mögliche und Unmögliche ausgeben – nur eben nicht für ihre Kinder. Der Satz „Das Geld muss auch bei den Kindern ankommen.“ wurde zum Leitsatz für das, was wir heute als Bildungs- und Teilhabepaket kennen.

▶ weiterlesen HIER

Kontakt

Sabine Stüber

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde
Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau
Diesterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Thomas Nord

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde
Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail:thomas.nord@wk2.bundestag.de

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Diana Golze

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro Rathenow
Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig
Str. der Einheit 53
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Wahlkreisbüro Brandenburg
Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog
Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Wolfgang Nešković

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Cottbus
Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 7842350
Telefax: (0355) 7842351
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de

Dr. Dagmar Enkelmann

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-78220
Telefax: (030) 227-76219
E-Mail: dagmar.enkelmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bernau
Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Telefon: (03338) 459-543
Telefax: (03338) 459-549
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 – 17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

Wahlkreisbüro Strausberg
Wallstr. 8
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 303-984
Telefax: (03341) 303-985
E-Mail:dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de

Dr. Kirsten Tackmann

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kyritz
Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Büro Perleberg
Bäckerstraße 21
19348 Perleberg
perleberg@kirsten-tackmann.de

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de

Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild! Der nächste Bundestagsreport erscheint am 27.04.2012.

Impressum

Deutscher Bundestag • Fraktion DIE LINKE • Landesgruppe Brandenburg
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: thomas.nord@bundestag.de
Layout: K. Brückner